

ausreißer

Die Grazer Wandzeitung

#90 | 2019



2024

2024

Evelyn Schalk

editorial

Es beginnt und es endet nicht am Wahltag – sondern in all den Tagen, Jahren und Jahrzehnten davor und danach. Mit jedem Wegschauen, wenn jemand Hilfe braucht, mit jeder Ignoranz gegenüber alter und neuer Ungerechtigkeit, mit jeder Akzeptanz von Ungleichheit und jeder Widerspruchslosigkeit, mit der all das in Strukturen und Gesetze gegossen wird.


Politik ist mehr, als einmal in vier oder fünf oder zwei Jahren ein Kreuz in einen Kreis zu setzen. Und es ist weitaus mehr, als ein paar Jahre Traineeship für einen überbezahlten Folgejob in einem Megakonzern. (1) Um genau zu sein, es ist exakt das Gegenteil davon.

Was wir in den letzten eineinhalb Jahren erlebt, gelebt und zugelassen haben, ist die beispiellose Bereicherung einiger sehr weniger auf Kosten der großen Mehrheit, sowohl ökonomisch als auch in Sachen Demokratieabbau. Das war lange vor dem Ibiza-Video offenkundig, es war schlichtweg von Anfang an die politische Maxime der schwarzblauen Bundesregierung. Nur die große Mehrheit hat es viel zu selten kapiert. Die Nebelgranaten aus Rassismus, sozialer Hetze und Angstmache haben Wirkung gezeigt und die Normalisierung der Brutalisierung zielsicher vorangetrieben.

Wie weit die Rechte bereit ist zu gehen, sagen ihre Vertreter ganz offen. Norbert Hofer hält unumwunden fest, er werde das Bundesheer notfalls auch gegen Demonstrant*innen einsetzen. Zuletzt war das

im Austrofaschismus der Fall. „Das ist nichts anderes als brandgefährliche Bürgerkriegsrhetorik. Sie zeigt einmal mehr, dass Norbert Hofer und die FPÖ für ihren Weg in den autoritären Staat keinen Herbert Kickl brauchen – es ist das Projekt dieser Partei. Wer sicher und friedlich in diesem Land leben will und die FPÖ wählt, handelt gegen seine Interessen. Wer als Bürgerliche_r an den erstrittenen Rechtsstaat und bürgerliche Freiheiten glaubt und Sebastian Kurz wählt, obwohl dieser zwischen den Zeilen schon sagt, dass er mit Norbert Hofer regieren möchte, widerspricht sich.“ (2)

All das hat nicht erst mit der letzten Wahl begonnen, sondern der Weg dahin wurde schon lange davor bereitet. Das bedeutet nicht, dass damit die Akteur*innen aus der Verantwortung zu entlassen wären. Ganz im Gegenteil. Was wir jetzt sehen, ist ein erstes Zwischenhoch des Falls.

Wer diese Spirale nicht weiter beschleunigen, sondern etwas gegen ihr immer rasanteres Weiterdrehen unternehmen will, setzt den ersten Schritt, indem er/sie* aufhört, diese Nicht/Politik zu legitimieren. Wort für Wort. Es ist vor und bleibt jeden einzelnen Tag nach dieser Wahl und allen folgenden bitter nötig, jene Veränderungen klar zu formulieren und gemeinsam einzufordern, die es für eine Welt, in der allen ein gutes Leben ermöglicht wird, braucht. Denn nur eine solche muss das Ziel von Politik sein, die diesen Namen verdient. 



Für diese Ausgabe haben wir Statements, Wünsche, Forderungen an die zukünftige Bundesregierung gesammelt. Ausführlichere Beiträge findet ihr auf [ausreisser.mur.at](https://www.ausreisser.mur.at).

(1) Reichtumsforscher Martin Schürz: „Es braucht eine Obergrenze für Vermögen“ <https://www.derstandard.at/story/2000108935667/es-braucht-eine-obergrenze-fuer-vermoegen> Auch in Europa landeten Spitzenpolitiker nach ihrer Karriere häufig in Großbanken, Konzernen oder Stiftungen. Mit derartigen Jobs in Aussicht gebe es keinen Anreiz, die Regulierung des Finanzsektors zu fördern.

(2) Vgl.: Lukas Oberndorfer: <https://www.facebook.com/lukas.oberndorfer/posts/2465515786877350>

Daniel Landau
Dirigent, Bildungsexperte

WENN SIE SICH VON DER NÄCHSTEN REGIERUNG ...

... etwas wünschen könnten, was wäre das?

”

Zuvorderst Kinderarmut (Altersarmut) möglichst beenden, und alle „steuernden Systeme“ (Bildung, Soziales, Wirtschaft et al) so aufstellen, dass Wohlstand gerechter verteilt ist und diese steuernden Systeme auch möglichst nachhaltig (!) auf diese Verteilungsgerechtigkeit umstellen.



WÜNSCHE AN DIE ZUKÜNFTIGE REGIERUNG

”

Ich wünsche mir von der neuen Bundesregierung, dass der Lösung zu Fragen der sozialen Gerechtigkeit mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird, als der Fähigkeit jedes einzelnen Regierungsmitglieds einen Staubsauger verkaufen zu können. Die neue Bundesregierung wird das Privileg haben, ein Land zu regieren, dessen Kühlschrank voll ist. Fresst's ihn nicht leer. Ich erwarte mir kein blauäugiges Nationaldenken oder kurzfristige Wirtschaftserfolge. Es geht um mehr. Es geht um Demokratie. Es geht um Europa. Es geht um unseren ganzen Planeten. Diese Aufgabe flößt Respekt ein. Ich erwarte, dass die zukünftige Bundesregierung diesen hat.



SOLIDARISCHE FORDERUNGEN STATT MACHTINTERESSEN

Marlies Pratter
Redakteurin bei von unten
und genderfrequenz
auf Radio Helsinki

Was wünsche ich mir von der nächsten Regierung? Eine schwierige Frage, weil ich denke, dass Regierungen keine Wünsche erfüllen. Und Politiker*innen in erster Linie eigene Machtinteressen vertreten. Auch wenn es wahrscheinlich graduelle Unterschiede gibt zwischen den jeweiligen Parteien. Selbst wenn ich mich auf eine hypothetische Wunschliste an die nächste Regierung einlasse, fühlt es sich ein bisschen so an, als würde ich eine Wunschliste ans Christkind schreiben. Sie wäre außerdem endlos lang:

- eine anti-faschistische, anti-rassistische und anti-sexistische Grundhaltung.
- eine ernst gemeinte Frauen*- und feministische Politik: angefangen von der Finanzierung zeitgemäßer Sexualpädagogik an Schulen, über präventive Gewaltschutzmaßnahmen, hin zur Umsetzung von Maßnahmen gegen Frauen*armut und einem flächendeckenden Zugang zu kostenlosem Schwangerschaftsabbruch usw. Die wichtigsten Forderungen finden sich im Forderungskatalog des Frauenvolksbegehrens 2.0.
- eine gerechte Asylpolitik, in der Menschen als Menschen gesehen werden und nicht als anonyme Zahlen. Das heißt eine, auch von der Politik gelebte, Willkommenskultur der offenen Grenzen.
- eine Klimapolitik, die diesen Namen auch verdient. Weg vom Individualverkehr! Ausbau der Infrastruktur für öffentliche und ökologische Verkehrsmittel. Raus aus der fossilen Energie, hin zur erneuerbaren Energie! Bei gleichzeitiger Reduzierung des Energieverbrauchs – *Degrowth!*
- eine gerechte Umverteilung von Reichtum. Das heißt ein gerechteres Steuersystem z.B. durch die Einführung einer Erbschaftssteuer. Und die Einfüh-

rung eines Bedingungslosen Grundeinkommens. Weg mit dem AMS!

- Arbeitszeitverkürzung: Weniger arbeiten bei vollem Lohnausgleich. Das würde Arbeitsplätze schaffen. Arbeitgeber*innen verdienen ja an den Arbeiter*innen und Angestellten – das sollen sie sich auch was kosten lassen.

Und, und, und ...

Diese angefangene Wunschliste ist durchzogen von reformistischen Ideen. Gerade angesichts der Klimakrise zeichnet sich jedoch sehr klar ab, dass sich mit Reförmchen wenig verändern, geschweige denn der Klimakollaps abwenden lassen wird. Eine grundlegende Systemänderung ist nötig, weg von kapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen, Ressourcenraub und der wahnwitzigen Idee des unendlichen Wachstums. Und es ist nötig eine grundlegende Systemkritik zu verbinden mit verschiedenen Kämpfen: Denn alle emanzipatorischen Bewegungen wie Frauen*-und queer-feministische Kämpfe, Kämpfe für Klimaschutz, Migrant*innenkämpfe, Arbeiter*innenkämpfe, antirassistische Kämpfe wie Black Lives Matter, oder No Border-Kämpfe richten sich notwendigerweise auch gegen das herrschende kapitalistische System, das Ungleichheiten braucht, um weiterbestehen zu können.


Eine gerechtere Welt entsteht nicht durch Wünsche an Autoritäten und Regierungen. Alle Rechte wie Arbeiter*innenrechte, Frauen*rechte, LGBTIQ-Rechte wurden uns nicht geschenkt oder großzügig gewährt, weil sich Politiker*innen und/oder Regierungen gedacht haben, das wäre eine gute Idee und auch fortschrittlich. Nein, alle diese Rechte wurden von Menschen eingefordert und erkämpft! Wünsche und Visionen sind wichtig, um uns eine Richtung zu zeigen, aber für die Erfüllung dieser Wünsche müssen wir uns positionieren und uns daran machen, sie aktiv umzusetzen – und zwar solidarisch!

@wiederdonnerstag

FIX
ZAM

**THE
FUTURE
IS
UNWRITTEN**

WWW.WIEDERDONNERSTAG.AT

... und es liegt an uns, sie gemeinsam zu verändern.
Denn wir wissen, eine andere Welt ist nicht nur nötig –
sie ist auch möglich, wenn wir fix zam sind. 

ausreißer

ICH WÜNSCHE MIR:

abschaffung des AMS und seine ersetzung durch indoor-spielplätze mit riesenballpits und kuschelecke (ohne schweinkram) für alle, ermöglicht durch abschaffung des arbeitszwangs bei sozialhilfebezug; ebenso abschaffung der bewaffneten verbände des heeres (katastrophenhilfe ist eh lieb); umwandlung der kasernen in landschaftsgärten mit fkk-bereichen, saunas, wasserrutschen, minigolf; öffnung aller grenzen; gesamtschule mit zehnmal soviel geld wie jetzt und latein sowie altgriechisch auf dem lehrplan ab dem zehnten lebensjahr; wahlrecht allen, die hier sind; vollbeschäftigung durch den flächendeckenden ausbau und betrieb von luxuriösen gratis-öffis bis in alle käffer; der jedermann bei den festspielen muss ab jetzt jedes jahr von einem anderen unterhaltsam verwahrlosten fpövp-bezirksfunktionär gespielt werden; entschuldigungstour der regierung durch die kronländer, wobei in jedem ort mit einem alten k.u.k-caféhaus dortselbst ein termin abzuhalten ist, wo dann jede*r tschusch*in, der*die mag, einem regierungsmitglied eine tetschen geben darf, aber danach sind wir bitte alle wieder gut und halten gegen die deitschn zsamm; spielstättentausch zwischen ernst-happel-stadion und burgtheater im jährlichen wechsel; ein nationales


raumfahrtprogramm; ein monat schikurs im jahr für alle schüler, die mögen, und alle andern dürfen inzwischen im hallenbad rumhängen; der ring des nibelungen und der lohengrin dürfen ab jetzt bei strenger strafe nur noch auf jiddisch aufgeführt und angehört werden; außerdem die pompöse einsetzung von johann nepomuk nestroy zum ewigen staatsoberhaupt (nach vorbild von kim-ilsung); langfristig die abschaffung des privat-pkws; verstaatlichung von eh allem; ersetzung der villengegend von wien-döbling durch einen ikea-parkplatz (der ikea selbst ist dabei optional); schließlich legalisierung von dem, was der hofer raucht (1), dass er immer so entspannt schaut.

(1) der verfasser beeilt sich, sicherheitshalber klarzustellen, dass er selbstverständlich nicht die strafrechtlich relevante unterstellung verbreitet, es würde der genannte etwelche substanzen konsumieren, sondern, im rahmen eines erkennbar satirischen texts, das g'schau des genannten, und auf beinah liebevolle weise, karikiert. dass es solche klarstellungen nicht mehr brauche, weil auf das vermögen zu sinnerfassendem lesen im umgang mit der öffentlichkeit wieder verlass sei, darf dann allerdings als der einzige „ernste“ wunsch an die nächste regierung verbuchen, wer mag.

Bernhard Dechant
Schauspieler

MEIN EINZIGER WUNSCH ist ...

”

... rettet die menscheit und lasst es zu, dass sie aus sich heraus gerettet wird, ihr maschinenmenschen, um es mit good old charlie zu sagen, sonst werden, wenn der sonnenschein den schweiss verglüht, für eure kinder 2050 die ersten guillotinen aufgezogen, bitte verzeiht. lasst es zu, dass sie sich eh so, ohne euch, aus sich selbst retten, ich mein, was ist ein ureinwohner, was wachstum, was ein systemerhalter, was sind zwei liebende für euch, ihr priester des kapitals? 

DER NORMALISIERUNG DEN BODEN ENTZIEHEN

—TATSachen



Die schwarzblaue Regierung musste nicht wegen ihrer rechtsextremen, sozialfeindlichen und antidemokratischen Politik zurücktreten. All das ist nicht Gegenstand des Ibiza-Videos, sondern flimmerte davor eineinhalb Jahre lang tagtäglich über die Monitore – und stieß bzw. stößt bei einer Mehrheit der Bevölkerung auf Zustimmung. Diese ist das Ergebnis eines jahrelangen Prozesses der Duldung und gezielten Beförderung von sozialer Spaltung, Rassismus, Antisemitismus und Verdrängungskampf. [...]

Für einen kurzen Moment von sieben Stunden wird die ganze Brutalität dieses Normalisierungsprozesses vor Augen geführt.

Denn das wirklich Schockierende des Videos ist der Grad vermeintlicher Selbstverständlichkeit von Sprache und Inhalten, die eine Verachtung gegenüber Menschen und Institutionen offenbaren jenseits jeglichen Unrechtsbewusstseins. Das entspricht genau jener Politik, die Strache & Co unter dem Applaus ihrer Anhänger*innen praktizierten. Das Video bestätigt und zementiert gleichzeitig deren Bild von Politik – inklusive der vermeintlichen Normalität patriarchal toxischer Männlichkeit. [...]

Diese Regierung hat Leben gekostet.

Wieviele Menschen wurden in Kriegs- und Krisengebiete deportiert? Aus ihrem mühsam aufgebautem Umfeld gerissen, verfolgt, gejagt, wiederholt traumatisiert? Kinder, Kranke, Junge und Alte. Wieviele sind wegen Kurz' geschlossener Balkanroute draufgegangen, ertrunken, erfroren, auf dem Weg den Strapazen erlegen? Unerwähnt bleiben auch die, die aus Verzweiflung und Angst ihrem Leben ein Ende gesetzt haben. Wieviele haben Hass und Gewalt, physisch wie psychisch, ganz unmittelbar zu spüren bekommen? Wievielen haben die schwarzblauen Sozialkürzungs- und Zerstörungsmaßnahmen den Boden unter den Füßen weggezogen? Wieviele müssen auch weiterhin um das Mindeste bangen? Wie lange wirkt das Ruinieren von sozialen Errungenschaften nach – Stichwort 60-Stundenwoche, Sozialversicherungen, Arbeitslosenunterstützung, Familienbonus, Notstandshilfe und und und – bzw. wird dieser immense Schaden je wieder behoben oder stattdessen der in Gang gesetzte Kurs weiter verschärft werden? [...]

All das wurde und wird unterstützt, akzeptiert, zugelassen oder zumindest hingenommen und dadurch ermöglicht. Das ist das wahre Desaster am Zustand dieser Republik. Und keiner kann sagen, er/sie* hätte von nichts gewußt. [...]

Dieser Ideologie den Boden der Normalisierung zu entziehen, wäre tatsächlich ein Schritt in Richtung Stabilität und Sicherheit – im täglichen Leben aller.



Auszüge aus: Niemand ist eine Insel
<https://tatsachen.at/2019/05/23/niemand-ist-eine-insel/>

GUT VORBEREITET

”

Damals haben sie noch gelacht
über die Prepper-Szene und ihre Vorbereitungen zum Tag X
und versucht dieses Klima zu retten
anstatt sich Sicherheit zu betonieren
diese elenden Kommunisten.

Heute lachen nur noch
jene in Klimaschutzbunkern
zwischen Inzersdorfkonserven und Zigarettenrauchschwaden
dem Gesetz des Stärkeren
verpflichtet.

Ich war, ich bin und ich werde sein
sagte der Neoliberalismus.

Joachim Hainzl
Sozialhistoriker und -pädagoge

ES GILT, AUCH DAS KLEINGEDRUCKTE ZU BEACHTEN

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 1. Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen. 2. Jeder hat Anspruch auf die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Überzeugung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand. Des Weiteren darf kein Unterschied gemacht werden auf Grund der politischen, rechtlichen oder internationalen Stellung des Landes oder Gebiets, dem eine Person angehört, gleichgültig ob dieses unabhängig ist, unter Treuhandschaft steht, keine Selbstregierung besitzt oder sonst in seiner Souveränität eingeschränkt ist. 3. Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person. 4. Niemand darf in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden; Sklaverei und Sklavenhandel sind in allen ihren Formen verboten. 5. Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden. 6. Jeder hat das Recht, überall als rechtsfähig anerkannt zu werden. 7. Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und haben ohne Unterschied Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz. Alle haben Anspruch auf gleichen Schutz gegen jede Diskriminierung, die gegen diese Erklärung verstößt, und gegen jede Aufhetzung zu einer derartigen Diskriminierung. 8. Jeder hat Anspruch auf einen wirksamen Rechtsbehelf bei den zuständigen innerstaatlichen Gerichten gegen Handlungen, durch die seine ihm nach der Verfassung oder nach dem Gesetz zustehenden Grundrechte verletzt werden. 9. Niemand darf willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden. 10. Jeder hat bei der Feststellung seiner Rechte und Pflichten sowie bei einer gegen ihn erhobenen strafrechtlichen Beschuldigung in voller Gleichheit Anspruch auf ein gerechtes und öffentliches Verfahren vor einem unabhängigen und unparteiischen Gericht. 11. Jeder, der wegen einer strafbaren Handlung beschuldigt wird, hat das Recht, als unschuldig zu gelten, solange seine Schuld nicht in einem öffentlichen Verfahren, in dem er alle für seine Verteidigung notwendigen Garantien gehabt hat, gemäß dem Gesetz nachgewiesen ist. Niemand darf wegen einer Handlung oder Unterlassung verurteilt werden, die zur Zeit ihrer Begehung nach innerstaatlichem oder internationalem Recht nicht strafbar war. Ebenso darf keine schwerere Strafe als die zum Zeitpunkt der Begehung der strafbaren Handlung angedrohte Strafe verhängt werden. 12. Niemand darf willkürlichen Eingriffen in sein Privatleben, seine Familie, seine Wohnung und seinen Schriftverkehr oder Beeinträchtigungen seiner Ehre und seines Rufes ausgesetzt werden. Jeder hat Anspruch auf rechtlichen Schutz gegen solche Eingriffe oder Beeinträchtigungen. 13. Jeder hat das Recht, sich innerhalb eines Staates frei zu bewegen und seinen Aufenthaltsort frei zu wählen. Jeder hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen und in sein Land zurückzukehren. 14. Jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen. Dieses Recht kann nicht in Anspruch genommen werden im Falle einer Strafverfolgung, die tatsächlich auf Grund von Verbrechen nichtpolitischer Art oder auf Grund von Handlungen erfolgt, die gegen die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen verstoßen. 15. Jeder hat das Recht auf eine Staatsangehörigkeit. Niemandem darf seine Staatsangehörigkeit willkürlich entzogen noch das Recht versagt werden, seine Staatsangehörigkeit zu wechseln. 16. Heiratsfähige Frauen und Männer haben ohne Beschränkung auf Grund der Rasse, der Staatsangehörigkeit oder der Religion das Recht zu heiraten und eine Familie zu gründen. Sie haben bei der Eheschließung, während der Ehe und bei deren Auflösung gleiche Rechte. Eine Ehe darf nur bei freier und uneingeschränkter Willenseinigung der künftigen Ehegatten geschlossen werden. Die Familie ist die natürliche Grundeinheit der Gesellschaft und hat Anspruch auf Schutz durch Gesellschaft und Staat. 17. Jeder hat das Recht, sowohl allein als auch

in Gemeinschaft mit anderen Eigentum innezuhaben. Niemand darf willkürlich seines Eigentums beraubt werden. 18. Jeder hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht schließt die Freiheit ein, seine Religion oder Überzeugung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Kulthandlungen zu bekennen. 19. Jeder hat das Recht auf Meinungs- und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten. 20. Alle Menschen haben das Recht, sich friedlich zu versammeln und zu Vereinigungen zusammenzuschließen. Niemand darf gezwungen werden, einer Vereinigung anzugehören. 21. Jeder hat das Recht, an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten seines Landes unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter mitzuwirken. Jeder hat das Recht auf gleichen Zugang zu öffentlichen Ämtern in seinem Lande. Der Wille des Volkes bildet die Grundlage für die Autorität der öffentlichen Gewalt; dieser Wille muss durch regelmäßige, unverfälschte, allgemeine und gleiche Wahlen mit geheimer Stimmabgabe oder in einem gleichwertigen freien Wahlverfahren zum Ausdruck kommen. 22. Jeder hat als Mitglied der Gesellschaft das Recht auf soziale Sicherheit und Anspruch darauf, durch innerstaatliche Maßnahmen und internationale Zusammenarbeit sowie unter Berücksichtigung der Organisation und der Mittel jedes Staates in den Genuss der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gelangen, die für seine Würde und die freie Entwicklung seiner Persönlichkeit unentbehrlich sind. 23. Jeder hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit. Jeder, ohne Unterschied, hat das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Jeder, der arbeitet, hat das Recht auf gerechte und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert, gegebenenfalls ergänzt durch andere soziale Schutzmaßnahmen. Jeder hat das Recht, zum Schutz seiner Interessen Gewerkschaften zu bilden und solchen beizutreten. 24. Jeder hat das Recht auf Erholung und Freizeit und insbesondere auf eine vernünftige Begrenzung der Arbeitszeit und regelmäßigen bezahlten Urlaub. 25. Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen gewährleistet sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände. Mütter und Kinder haben Anspruch auf besondere Fürsorge und Unterstützung. Alle Kinder, eheliche wie außereheliche, genießen den gleichen sozialen Schutz. 26. Jeder hat das Recht auf Bildung. Die Bildung ist unentgeltlich, zum mindesten der Grundschulunterricht und die grundlegende Bildung. Der Grundschulunterricht ist obligatorisch. Fach- und Berufsschulunterricht müssen allgemein verfügbar gemacht werden, und der Hochschulunterricht muss allen gleichermaßen entsprechend ihren Fähigkeiten offenstehen. Die Bildung muss auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und auf die Stärkung der Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten gerichtet sein. Sie muss zu Verständnis, Toleranz und Freundschaft zwischen allen Nationen und allen rassischen oder religiösen Gruppen beitragen und der Tätigkeit der Vereinten Nationen für die Wahrung des Friedens förderlich sein. Die Eltern haben ein vorrangiges Recht, die Art der Bildung zu wählen, die ihren Kindern zuteil werden soll. 27. Jeder hat das Recht, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen, sich an den Künsten zu erfreuen und am wissenschaftlichen Fortschritt und dessen Errungenschaften teilzuhaben. Jeder hat das Recht auf Schutz der geistigen und materiellen Interessen, die ihm als Urheber von Werken der Wissenschaft, Literatur oder Kunst erwachsen. 28. Jeder hat Anspruch auf eine soziale und internationale Ordnung, in der die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können. 29. Jeder hat Pflichten gegenüber der Gemeinschaft, in der allein die freie und volle Entfaltung seiner Persönlichkeit möglich ist. Jeder ist bei der Ausübung seiner Rechte und Freiheiten nur den Beschränkungen unterworfen, die das Gesetz ausschließlich zu dem Zweck vorsieht, die Anerkennung und Achtung der Rechte und Freiheiten anderer zu sichern und den gerechten Anforderungen der Moral, der öffentlichen Ordnung und des allgemeinen Wohles in einer demokratischen Gesellschaft zu genügen. Diese Rechte und Freiheiten dürfen in keinem Fall im Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen ausgeübt werden. 30. Keine Bestimmung dieser Erklärung darf dahin ausgelegt werden, dass sie für einen Staat, eine Gruppe oder eine Person irgendein Recht begründet, eine Tätigkeit auszuüben oder eine Handlung zu begehen, welche die Beseitigung der in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten zum Ziel hat.

2024 – ZEHN PROGNOSEN

oder: Bullshit-Bingo für Türkis-Blau II

1. Andreas Gabalier wird von der Bundesregierung zum Nationalhelden ernannt. Als internationaler Vertreter der Republik Österreich und ihrer Werte und Traditionen genießt er diplomatische Immunität. Das Wort „Töchter“ wird nach einem von ihm initiierten Volksbegehren wieder aus der Hymne gestrichen. Scheitelknien wird zum Trendsport, vor allem in den Jugendorganisationen der beiden Regierungsparteien.
2. Linguisten und Linguistinnen suchen im Auftrag der türkis-blauen Bundesregierung nach einem Plural für „Einzelfälle“. Erfolglos.
3. Weiblichen Politikern wird (mit der Begründung, es soll endlich wieder um Inhalte gehen) verboten, ihre nackten Mittelfinger öffentlich zur Schau zu stellen.
4. Sigi Maurers Prozess mit dem „Bierwirt“ geht in die nächste Runde. Der Wirt hat mittlerweile eine eigene Kolumne in der „Kronen Zeitung“ und ein Sachbuch bei einem größeren deutschen Verlag veröffentlicht.
5. Abtreibungskliniken dürfen in Österreich nicht mehr auf *Google Maps* angezeigt werden. Ärztinnen und Ärzte, die Frauen entsprechend beraten, können angezeigt werden, ihre Adressen werden im Internet veröffentlicht. In Online-Foren werden Wetten abgeschlossen, wer mehr Anzeigen schafft.
6. In österreichischen Kindergärten gibt es mindestens einmal pro Woche Schweinsschnitzel. Das Spielen von Vater-Mutter-Kind mit traditionellen Rollenverteilungen wird zur täglichen Pflicht-Aktivität. Kinder, die an den Weihnachtsmann glauben und nicht an das Christkind, müssen gemeldet werden.
7. Zahlreiche Razzien haben dazu geführt, dass österreichweit so gut wie keine Teigtaschen mehr produziert werden. Gleichzeitig werden Kebab-Stand-Betreiber*innen gesetzlich verpflichtet, zumindest ein typisch österreichisches Gericht ins Angebot aufzunehmen. Die meisten entscheiden sich für Pferde-Leberkäse, als Form des Protests, gegen den Innenminister Herbert Kickl nicht öffentlich vorgehen kann.
8. Statt einer Erbschaftssteuer wird ihr Gegenteil eingeführt: Menschen, die weniger als eine Million Euro erben, müssen eine sogenannte „Leistungsausgleichssteuer“ zahlen. Weil man (so die offizielle Begründung) davon ausgehen muss, dass ihre Eltern nicht genug gearbeitet und demnach auch nicht genug ins System eingezahlt haben.
9. Die fünf beliebtesten Bubennamen 2024 sind: Sebastian, Herbert, Gernot, Heinz und Christian. Eine Liste mit den beliebtesten Mädchennamen wird nicht veröffentlicht.
10. Felix Baumgartner springt im Rahmen der Aktion FÜR KURZ noch einmal vom „Millennium Tower“ in Wien. Als sein Sprung mehr und mehr Fans des Bundeskanzlers zur Nachahmung anregt und in weiterer Folge zahlreiche Todesopfer (vor allem junge Männer) fordert, schöpft die politische Linke zum ersten Mal seit Jahren wieder ganz vorsichtig Hoffnung.

Ulrike Freitag
ausreißer-Redakteurin

”

Für jeden Wunsch
eine Befürchtung.



ZUR WAHL

Patrick Kwaśniewski
Mediengestalter

”

Der erste isländische Gletscher schmilzt und der Amazonas brennt, aber ihr wählt einen Bundeskanzler, der sagt, Umweltschutz sei schlecht für die Wirtschaft und einen Vizekanzler, der Orbán als sein Vorbild nennt.



BRENNPUNKT PFLEGE

”

12 Stunden Arbeitstage und niedrige Entlohnung brauchen wir nicht.

PolitikerInnen die das Berufsbild der diplomierten Gesundheits- und Krankenpflegeperson (DGKP) kennen, brauchen wir.

Bundesweite einheitliche Pflegeschlüssel und eine solidarische Finanzierung brauchen wir auch.

Oder möchten SIE als „Kostenfaktor“ gesehen werden, wenn Sie Pflege brauchen?



Stopp NEOLIBERALISMUS!

Anita Hofer
Vorstand IG Kultur Steiermark
Künstlerin, Kulturarbeiterin

”

Ausstieg aus der Politik des Neoliberalismus! In ihr haben Ethik und Moral keinen Platz. Eine Politik im Interesse des Finanzkapitals, in der die Privilegierung weniger Reicher auf Kosten der großen Mehrheit und die systematische Überwachung und Disziplinierung im Zentrum stehen, führt zu einer Untergrabung der Demokratie.



Eva Ursprung
Künstlerin

politik FÜR ALLE MENSCHEN ...

”

mit empathie
vernunft und kompetenz
für eine intakte umwelt
und ein solidarisches miteinander
wertschätzung von bildung, kunst
und die diversität der kulturen
frauen in die regierung
ein ministerium für kultur
bäume in die städte
bedingungsloses grundeinkommen

ZWEIFELHAFTES VERMÄCHTNIS

”

Solange Menschen an der Macht sind, deren Hauptansinnen das Füllen der eigenen Taschen und die Gerechtwerdung der geldgebenden Wirtschaftszweige ist, kann man die Wünsche auch in ein Sackl sprechen und sie in eine Zeitkapsel geben, sodass sich spätere Generationen daran erfreuen können, dass sich immer noch nichts geändert hat.



SICHERHEIT


”

Ich möchte morgens aufstehen, ohne Kopfschmerzen und die Sorge, dass die 24 Stunden des Tages und die Kraft nicht reichen, um zehn Stunden durchzuarbeiten, zuhause Kinder und Eltern zu versorgen und nicht das komplette Chaos ausbrechen zu lassen. Ich möchte einmal aufstehen und nicht nachdenken, ob das Gehalt aus zweieinhalb Jobs bis zum Ende des Monats reicht, ob ich ein Antragsformular für einen minimalen Zuschuss irgendwo übersehen habe, ob alle Rechnungen bezahlt sind, ob die Alimente pünktlich am Konto landen, ob ich ein Angebot für Bio-Lebensmittel im Supermarkt verpasst habe, damit zu Hause was einigermaßen Gesundes gegessen werden kann, ob ich es schaffe, irgendwann zwischendurch rasch zum Arzt zu gehen und dort keine drei Stunden auf eine Routineuntersuchung zu warten. Ob es zuhause einigermaßen aussieht, damit die Kids sich nicht genieren, wenn sie Besuch von ihren Freunden bekommen, ob die Heizung funktioniert, es wird nachts schon kalt, ob der Boiler noch durchhält, für einen neuen ist grad wirklich kein Geld da, ob ich meine Überstunden endlich ausbezahlt bekomme, der schwindlige Vertrag im Zweitjob ist sicher nicht wasserdicht, ob ich irgendwann ein Pensionskonto habe, auf dem was anderes als Altersarmut steht, ob meine Tochter nächstes Jahr an der Uni durchhält, als Arbeiterkind, ob ich ihr und ihrem Bruder zuwenig mitgeben kann, zuwenig Zeit, Geld, Wissen. Ich möchte einmal morgens aufwachen und mich nicht fragen, ob es reicht. Ich möchte einmal die Sicherheit spüren, dass es so ist.

Guido Satta
Grafiker

MEIN WUNSCH

”

Ich möchte in dem Land wählen dürfen, das nur allzu bereitwillig meine Steuergelder annimmt. 

IMPRESSUM

Chefredakteurin: Evelyn Schalk

Redaktion: Ulrike Freitag, Gerald Kuhn

*Autor*innen:* Regina Appel, Otto Bürger, Bernhard Dechant, Joachim Hainzl, Anita Hofer, Patrick Kwaśniewski, Daniel Landau, Maria Leitner, Barbie Lohn, Martin Peichl, Marlies Pratter, Guido Satta, Stefan Schmitzer, Karin Schuster, Eva Ursprung, @wiederdonnerstag

Gestaltung: Guido Satta

Affichierung und Vertrieb: Leonhard Rabensteiner, Lukas Hartleb

VERLEGER UND HERAUSGEBER:

ausreißer – Grazer Wandzeitung. Verein zur Förderung von Medienvielfalt und freier Berichterstattung


KONTAKT:


Post: *ausreißer* – Grazer Wandzeitung, c/o Forum Stadtpark, Stadtpark 1, A-8010 Graz
Telefon: +43 316/827734-26, +43 676/3009363

Email: ausreisser@mur.at

Internet: <http://ausreisser.mur.at>

Newsletter: <http://ausreisser.mur.at/newsletter>

 Wandzeitung: [ausreißer](#)

 [@ausreisserInnen](#)



Der *ausreißer* ist ein offenes Medium, die Zusendung von Beiträgen somit herzlich erwünscht, die Publikationsauswahl liegt bei der Redaktion, es erfolgt keine Retournierung der eingesandten Beiträge.

Die Autor*innen zeichnen für die Inhalte ihrer Beiträge selbst verantwortlich, die darin vertretenen Positionen spiegeln nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wider.

© Die Rechte verbleiben bei den Autor*innen.

Da der *ausreißer* auf Anzeigenschaltung verzichtet um tatsächlich unabhängig publizieren zu können, ist Eure Unterstützung besonders wichtig:
IBAN: 1200 0500 9409 4554 BIC: BKAUATWW

STANDORTE:

Kunsthaus Graz, Schlossbergplatz Graz, Geidorfkino, Forum Stadtpark, Passage Palais Trauttmansdorff, Pädagogische Hochschule Hasnerplatz, Fassade der Kirche St. Andrä, Schaumbad – Freies Atelierhaus Graz, KiG! – Kultur in Graz, Steirischer Dachverband der offenen Jugendarbeit, Jugendtreffpunkt Dietrichskeusch'n, Jugendzentrum Mureck, Theaterzentrum Deutschlandsberg

Der *ausreißer* ist als kostenlose Faltausgabe zum Mitnehmen sowohl an den oben genannten Standorten als auch bei zahlreichen weiteren Kunst-, Kultur-, Sozial- und Bildungseinrichtungen sowie in Cafés etc. erhältlich!

THEMA DER NÄCHSTEN AUSGABE:
LITERATUR und WIDERSTAND